Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

KONTINUITÄT IN AMERIKA — VERWIRRUNG IN DEUTSCHLAND

Senator Goldwaters Sturm auf das Weiße Haus ist abgeschlagen worden. Mit einem Ergebnis, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, hat Präsident *Johnson* über seinen Gegner triumphiert. Nur sechs Staaten votierten für Goldwater; Johnson erhielt über 60 Prozent der Stimmen — ein Resultat, das seit Roosevelts überwältigendem Wahlsieg im Jahre 1936 von keinem Präsidenten mehr erreicht worden war.

Fortführung der bisherigen Politik

Der Ausgang der Wahlen läßt nur die eine Interpretation zu: das amerikanische Volk ist entschlossen, den bisherigen Kurs der Innen- und der Außenpolitik, der in den ersten Nachkriegsjahren festgelegt wurde, weiterzuführen. Das Verdikt über Goldwater ist gleichzeitig eine *Absage an alle Experimente*, von denen der Senator aus Arizona in den vergangenen Monaten so gern und oft sprach. Da sich beim besten Willen die widersprüchlichen Absichten Goldwaters kaum jemals auf einen Nenner bringen ließen, erschien es zumindest ungewiß, welche Politik dieser Mann an den Schalthebeln der Macht Amerikas treiben würde. Die amerikanischen Stimmbürger haben daraus die Konsequenzen gezogen und sich für einen Politiker entschieden, dessen Programm klar und eindeutig schien und die Gewähr für die *politische Kontinuität* bot. Diese Überlegungen mochten ausschlaggebend gewesen sein angesichts des überraschenden Wechsels an der Spitze der Sowjetunion, der sich drei Wochen vor der Präsidentenwahl vollzog. Das amerikanische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit fand, daß es besser sein würde, den neuen Machthabern im Kreml, deren künftiger Kurs noch ungewiß ist, mit einem in der internationalen Politik erfahrenen Präsidenten entgegenzutreten als mit einem Neuling, dessen Sprunghaftigkeit wenig Vertrauen zu erwecken vermochte.

Für Johnson bedeutet das ihm übertragene eindeutige Mandat gleichzeitig eine Vollmacht für eine stärkere *persönliche Gestaltung* der amerikanischen Politik. Bisher stand er im Schatten seines ermordeten Vorgängers. Ihm gegenüber hatte er sich verpflichtet, als er bei der unvorhergesehenen Amtsübernahme im November letzten Jahres Kennedys Parole «Let us begin» in «Let us continue» verwandelte. Heute ist Johnson aus dem Schatten Kennedys herausgetreten, und zweifellos wird sich das — bei der großen Kompetenzenfülle, die ein amerikanischer Präsident in seinen Händen vereinigt — bald bemerkbar machen. Die großen Linien sind zwar vorgezeichnet, aber Johnson wird manche *Akzente anders setzen* als Kennedy es getan hätte, dessen Ära erst eigentlich am 3. November 1964 zu Ende gegangen ist. Mit der Wahl Johnsons, die zeitlich mit dem Sturz Chruschtschews fast zusammenfällt, beginnt nicht nur ein neuer Abschnitt der amerikanischen, sondern auch der internationalen Politik.

Krise der Republikanischen Partei

Die innenpolitischen Aspekte der amerikanischen Präsidentenwahl sind mindestens ebenso folgenschwer wie die außenpolitischen. Goldwaters Niederlage hat, wie vorauszusehen war, die «Grand Old Party» in eine *schwere Krise* gestürzt. Das Experiment, den Kandidaten aus den extrem konservativen Reihen der Partei auszuwählen, hat sich nicht bezahlt gemacht. Eine ganze Reihe traditionell republikanisch wählender Staaten — darunter *Vermont*, das bisher noch nie für die Demokraten optierte — sind ins demokratische Lager hinübergeschwenkt. Als Plus steht dagegen der Gewinn einiger Hochburgen der Demokraten im *tiefen Süden* gegenüber, die wegen Kennedys und Johnsons Rassenpolitik republikanisch votierten — ein zweifelhafter Erfolg für die Partei, die sich

den liberalen Traditionen eines Lincoln verbunden fühlt. Es war eine *Verkehrung der Fronten* eingetreten, aus der die Republikaner nur geringen und unsicheren Gewinn zu ziehen vermochten und die sie mit Mißbehagen auf die künftige Entwicklung blicken läßt.

Verschärft wurde dieses Malaise noch durch den *Wahlkampf*, der im Vergleich zu den letzten Präsidentschaftskampagnen so ziemlich auf dem tiefsten Niveau stand. Kennedys und Nixons Kontroversen vom Jahre 1960 waren geistvoll funkelnde Auseinandersetzungen, verglichen mit dem, was Johnson und Goldwater im Sommer und Herbst 1964 boten. 1960 war es ein hartes Ringen gewesen, bei dem die beiden Gegner sich einander gestellt und vor den Augen der Nation um jede einzelne Stimme gerungen hatten. 1964 traten sich zwei professionelle Politiker gegenüber, jeder vertraut mit allen Schlichen und Tricks des politischen Lebens und jeder peinlich darauf bedacht, jeden Fehler zu vermeiden. Das Ergebnis war — man verzeihe den Vergleich mit dem Sport — etwa dasselbe wie bei einem Radrennen, bei dem die beiden Favoriten einander überwachen und beobachten und jeder darum herum zu kommen sucht, die Initiative zu ergreifen. Johnson hat, wie zu erwarten war, als Präsident die größeren Vorteile aus dieser Taktik gezogen. Goldwater, der sich auch hier nicht über besonderes Format auswies, blieb auf der Strecke und mit ihm jener Flügel der Republikanischen Partei, dessen Exponent er ist. Es ist kaum anzunehmen, daß die «Grand Old Party» in den nächsten Jahren ein ähnliches Experiment in einer Präsidentenwahl wiederholen wird.

Gaullisten und Atlantiker in Deutschland

Während in den USA die Administration Johnson sich konsolidiert hat und für die nächsten Jahre im Kongreß über eine ausreichende Mehrheit verfügen wird, um ihre Politik durchzusetzen, entbrannte in der *Bundesrepublik Deutschland*, Amerikas wichtigstem Verbündeten auf dem europäischen Kontinent, eine innenpolitische Kontroverse, die das politische Gefüge Westdeutschlands aufs schwerste erschüttert. Die Gründe für diese Auseinandersetzungen, die sich in den letzten Wochen in einen wilden Kampf aller gegen alle hineinzusteigern drohten, sind sowohl innen- wie außenpolitischer Natur. Innenpolitisch, weil hier die Gegensätze ausgetragen werden, die sich in den letzten Amtsjahren Adenauers allmählich aufgetürmt hatten, außenpolitisch, weil alle die sich befehdenden Gruppen und Politiker Rückhalt bei einem verbündeten Land suchen, sei es bei den USA oder beim Frankreich de Gaulles.

Es ist nicht möglich, die Differenzen auf eine einfache Formel zu bringen. Die Bundesregierung, geführt von *Erhard*, befindet sich in der Zwangslage, zwischen der gegensätzlichen Politik Washingtons und Paris zu lavieren. Adenauer hat es mit Geschick verstanden, einem ihn festlegenden Entscheid auszuweichen. Er hat die Bundesrepublik durch den Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 fest an Frankreich gebunden, wußte es aber gleichzeitig zu vermeiden, daß dies als eine gegen die USA gerichtete «Option» ausgelegt würde. Adenauers Nachfolger liegt dieses Spiel mit zwei Bällen nicht so wie seinem Vorgänger. Assistiert von Außenminister *Schröder* hat er sich auf eine Linie drängen lassen, welche die *Anlehnung an Washington*, die ja für die Bundesrepublik eine Schicksalsfrage ist, in einer Weise herausstellt, die de Gaulle verstimmen mußte. Es kamen noch einige deutsche Ungeschicklichkeiten mehr äußerer Natur hinzu, anläßlich von de Gaulles Besuch in Bonn im Juli dieses Jahres, welche die Abneigung des in Fragen der Courtoisie empfindlichen französischen Staatschefs gegen den neuen Bundeskanzler verstärkten. Die Rechnung ließ nicht lange auf sich warten: sie wurde präsentiert, als de Gaulle am 21. Oktober in ultimativer Form eine *Herabsetzung der deutschen Getreidepreise* forderte und mit einer Lahmlegung der EWG drohte.

De Gaulles Druck auf Bonn brachte den längst siedenden Kessel zum Überlaufen. Bundestagspräsident *Gerstenmaier*, dessen außenpolitische Vorstellungswelt sich in den letzten Monaten mehr und mehr jener de Gaulles angenähert hatte, forderte unver-

blümt die Ersetzung Außenminister Schröders. Aber auch der frühere Bundeskanzler *Adenauer*, heute noch immer Vorsitzender der CDU, stieg in die Kampfarena und übte in einem politisch wenig renommierten Massenblatt scharfe Kritik an der Politik seines Nachfolgers. Den beiden Führern der CDU folgte eine ganze Reihe weiterer Opponenten aus der Regierungspartei. Mit Erstaunen sieht man, wie sehr nach einem Jahr das Vertrauen in den Kanzler erschüttert ist, der als «Wahllokomotive» der CDU für 1965 den Sieg über die Sozialdemokraten hätte garantieren sollen. Adenauer selber, der sich immer mehr zum *Wortführer der Fronde* innerhalb der Christlich-Demokratischen Union macht, benützte einen Besuch in Paris zu Gesprächen mit de Gaulle, die wenigstens nach außen hin einer *Vermittlungsmission* bedenklich nahe kamen, was Erhards Position weiter schwächen würde. Die Dauerkrise der CDU, die sich periodisch akut zuzuspitzen pflegt, hat der Partei *schweren Schaden* zugefügt. Auch die wiederholten Versöhnungsfeierlichkeiten und Solidaritätsbeteuerungen vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Christlich-Demokratische Union mit schweren Hypotheken belastet in den nächsten Wahlkampf zieht, sofern sie sich nicht rechtzeitig zu einem ehrlichen Akt der Selbstbesinnung aufrafft.

Unruhiges Südvietnam

In Europa hat die politische Situation sich durch die Haltung de Gaulles gegenüber der atlantischen Allianz und der EWG, durch die inneren Zerwürfnisse in der Bundesrepublik Deutschland und den von der britischen Labourregierung gesteuerten Kurs der Abwendung von der Integration in den letzten Wochen zugespitzt, und die neue Administration in Washington wird sich bald mit schwerwiegenden Fragen konfrontiert sehen. Vor diesen Problemen tritt *Südostasien* naturgemäß etwas in den Hintergrund. Der Überfall auf den amerikanischen Luftstützpunkt *Bien Hoa* bei Saigon am 1. November hat blitzartig erhellt, wie labil die Situation in diesem Lande auch nach dem Übergang der Macht von General *Khanh* an eine Zivilregierung noch immer ist und wie gefährdet die Position der Amerikaner nach wie vor bleibt, die 1954 nach dem Ausfall Frankreichs die Sicherung dieser Gebiete für den Westen übernommen hatten.

Generalmajor *Edward G. Lansdale*, früherer Berater des im November letzten Jahres gestürzten *Ngo Dinh Diem*, hat in einem ausgezeichneten Aufsatz die tragische Entwicklung Vietnams in seinem Ringen um die Unabhängigkeit geschildert (Foreign Affairs, Oktober 1964, S. 75 ff.). Lansdale vergleicht den Kampf des vietnamesischen Volkes mit der amerikanischen Revolution im 18. Jahrhundert. Hauptziel war in beiden Fällen die Erreichung der Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft. Im Laufe des Kampfes aber geriet dieses patriotische Ziel in Vietnam in den Hintergrund. Ho Chi Minh kam unter den Einfluß Pekings, und als im Süden des Landes 1955 unter Diem versucht wurde, die nationale Revolution zur Erreichung der Unabhängigkeit wieder aufzunehmen, endete auch dieser Anlauf wieder in einem Erlahmen. Der Wille zur nationalen Befreiung wurde ersetzt durch den Geist des «business as usual».

Eine Lösung der schwierigen Frage, die den USA übertragen ist, sieht Lansdale auf *politischem Gebiet*. Die USA müssen ein größeres Verständnis für die Bedürfnisse des vietnamesischen Volkes aufbringen. Auch die militärischen Operationen haben sich nach diesen Gesichtspunkten zu richten. Die amerikanischen Bemühungen haben sich vor allem auf eine Gewinnung der *Bauern* zu richten. Wenn auf dem Lande ein gewisser Lebensstandard geschaffen werden kann, wird den Kommunisten automatisch der Boden für ihre Aktionen entzogen. Die amerikanische Hilfe sollte sich deshalb in Zukunft vermehrt auf eine Unterstützung der Bewohner der Dörfer konzentrieren; hier werde in Tat und Wahrheit der Kampf um die Seele des vietnamesischen Volkes ausgefochten. Vieles sei in dieser Hinsicht schon geschehen, aber es habe offensichtlich noch nicht genügt, in Zukunft sollte mehr getan werden.

Fabius

Wirtschaftspolitik in der Referendumsdemokratie

Obwohl die «Mirage»-Angelegenheit nach der parlamentarischen Behandlung keineswegs als erledigt betrachtet werden kann, ist dieses innenpolitische Haupttraktandum des Sommers 1964 nun deutlich durch die Diskussion um die Konjunkturpolitik vom Vordergrund der politischen Bühne verdrängt worden. Nachdem eine Zeitlang die Meinung kolportiert worden war, daß es das beste wäre, wenn die dringlichen Bundesbeschlüsse zur Konjunkturdämpfung gar nicht vor die Volksabstimmung gebracht würden, hat sich das Szenarium nun insofern verändert, als der Bundesrat inzwischen ein Abstimmungdatum vorgeschlagen und damit seinen Willen bekundet hat, das konjunkturpolitische Programm dem Plebiszit zu unterziehen.

Es ist schwer zu sagen, ob dies wirklich der staatspolitischen Weisheit letzter Schluß sei. Man wird aber in jedem Fall Verständnis für die Haltung des Bundesrats aufbringen müssen. Der Tatbestand, daß die Gegner sehr lautstark in Erscheinung treten, während sich von den Befürwortern vorläufig kaum jemand rückhaltlos zum Wort gemeldet hat, darf für die Regierung kein Anlaß sein, sich von einem Programm zu distanzieren, das sie nach wie vor für richtig und notwendig hält. Daß etwas geschehen müsse, darüber waren sich mit Ausnahme der Gewerbevertreter im letzten Winter praktisch alle Wirtschaftskreise einig. Wenn inzwischen Zweifel an der Richtigkeit der Maßnahmen aufgetreten sind, mag dies zum Teil damit zusammenhängen, daß die Entwicklung auf dem Kreditsektor anders verlief als erwartet. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß sich kaum ausdenken läßt, wie die Dinge heute *ohne* Antiinflationsprogramm liegen würden. Die Wirtschaft ist ein so komplexer Prozeß, daß sich darüber nur vage orakeln läßt. Auch die Lage auf dem Bausektor gibt ähnliche Rätsel auf. Wie stark wären die Kostensteigerung und die Zunahme der Fremdarbeiter gewesen, wenn es den Baubeschluß nicht gegeben hätte? Wie ist ferner die Auswirkung auf den Wohnungsbau (wobei zu bedenken ist, daß heute so oder so keine „preisgünstigen" Wohnungen mehr gebaut werden, daß also auch der sozialpolitische Aspekt der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt so oder so bestehen bleibt)?

All diese Fragen würden sich auch dann in dieser oder jener Form stellen, wenn das konjunkturpolitische Programm anders konzipiert worden wäre. Das liegt in der Natur der Sache. Derartige Eingriffe sind in einem liberalen Staat mit einer freien Marktwirtschaft immer problematisch. Die Zweifel sind aber mit so großem Nachdruck und von so verschiedenen Seiten angemeldet worden, daß man versucht ist, von einer Tendenz zur allgemeinen Absetzbewegung zu sprechen. Die Wirtschaftspolitiker scheinen teilweise vor ihrem eigenen Mut Angst bekommen zu haben. Nach dem einen Kraftakt, der zu den dringlichen Bundesbeschlüssen führte, erwachten die Sonderinteressen, aber auch die abstimmungspolitischen Seitenblicke auf den Souverän wieder. Die Summe der Sonderwünsche und Sonderzüglein wurde außerdem ebenfalls zu einem wirtschaftspolitischen Faktor, der seinerseits Erfolg und Mißerfolg des Programms beeinflußte.

So münden die ersten Erfahrungen mit dem Konjunkturprogramm notgedrungen in die grundsätzliche Frage aus, ob in einer Referendumsdemokratie eine durchschlagskräftige und zielsichere Konjunkturpolitik überhaupt möglich oder ob sie nicht vielmehr einem unausweichlichen Aufweichungsprozeß ausgesetzt sei, der ihren Erfolg zum vornherein in Frage stellt. Die Antwort darauf kann nur die Zukunft geben.

Leidensweg der europäischen Integration

Die konjunkturpolitische Entwicklung unseres Landes ist zwar nicht gerade eine nationale Existenzfrage. Sie ist aber doch so schwerwiegend, daß sie alle Aufmerksamkeit

verdient, besonders wenn man sie vor dem Hintergrund der integrationspolitischen Tendenzen betrachtet. Es zeigen sich allenthalben dräuende Gewitterwolken. Präsident de Gaulle hat mit seinem Ultimatum in der Getreidepreisfrage eine eigentliche EWG-Krise heraufbeschworen, und zwar weniger wegen der materiellen Seite als vielmehr wegen der autoritären und unverhohlen egoistischen Art des Vorgehens. Es zeigt sich einmal mehr, daß die europäische Integration für Frankreich nichts weniger und nichts mehr als ein virtuos beherrschtes Instrument zur Erreichung eigennütziger Ziele darstellt.

Für die EFTA-Staaten besteht um so weniger Grund zur Schadenfreude, als sie selbst durch die Zollerhöhungen der neuen englischen Regierung ebenfalls in erhebliche Schwierigkeiten geraten sind. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage Großbritanniens kann nicht übersehen werden, daß dadurch die allgemein um sich greifende Unsicherheit noch zusätzlich verstärkt wird. Ein Land wie das unsere mit einem so großen Außenhandelsvolumen ist davon besonders stark betroffen. Es hat deshalb allen Grund, wenigstens dort zum rechten zu sehen, wo es dies in eigener Verantwortung tun kann. Wenn heute nach Jahren des ungestümen wirtschaftlichen Wachstums plötzlich eindeutige Schwächen unserer Infrastruktur sichtbar werden, wenn die öffentlichen Dienste Krisenzeichen an den Tag zu legen beginnen und zum Beispiel der Finanzhaushalt eines bisher so schön florierenden Unternehmens wie der PTT plötzlich aus den Fugen gerät, dann ist es sicherlich endgültig an der Zeit zur Selbstbesinnung. Ihr Ergebnis entscheidet nicht nur über Erfolg oder Mißerfolg der Konjunkturpolitik, sondern zu einem wesentlichen Teil auch über unsere internationale Stellung.

Keine Quantité négligeable

Um die Kommunisten in der Schweiz ist es im allgemeinen recht ruhig. Im deutschschweizerischen Parteileben spielen sie kaum noch eine Rolle, es sei denn, daß die eine oder andere reuige oder gefallene PdA-Größe nach mehr oder weniger ausgedehnter Karenzzeit mit mehr oder weniger Aufhebens wieder in den Schoß der Sozialdemokratie zurückkehrt. Im Welschland anderseits sind die kommunistischen Gruppen weitgehend gesellschaftsfähig geworden und führen sich im allgemeinen auch entsprechend, das heißt gut getarnt auf. Nur bei besonderen Gelegenheiten auf internationaler Ebene wird plötzlich wieder sichtbar, wie sehr diese Anhänger des roten Paradieses eben doch von ausländischen Zentralen aus gegängelt werden, und dies gewiß nicht zum Wohle unserer Eidgenossenschaft.

Ein solcher Anlaß war der Sturz Chruschtschews. Die kleine, aber aufsässige «Schweizerische Kommunistische Partei» mit Sitz in Vevey zum Beispiel stellte, nachdem sie den ersten Schock verdaut hatte, fest, sie habe «mit lebhafter Genugtuung erfahren, daß Nikita Chruschtschew, der größte Kapitulant und Verräter, den die Welt jemals gekannt hat, der gemeine Renegat, der seinem Land so großen Schaden zugefügt hat, außer Stand gesetzt wurde, weiteren Schaden anzurichten». Die PdA ihrerseits wagte es nach längerem Schweigen, dem Vorbild anderer kommunistischen Parteien in der freien Welt zu folgen und ihrer Unzufriedenheit über die Absetzung Ausdruck zu geben.

Dieser in gewisser Hinsicht sensationelle Prozeß einer Differenzierung und partiellen Distanzierung von Moskau im kommunistischen Lager ändert aber nichts am Tatbestand, daß es weiterhin zahlenmäßig zwar geringfügige, aber gut organisierte und finanzstarke Gruppen gibt, deren Ziel die Unterwühlung unserer demokratischen Ordnung ist. Wer die ausführlichen Zweimonatsberichte des *Nationalen Informationszentrums* «Aktion freier Staatsbürger» (Bern) über die kommunistische Tätigkeit in der Schweiz regelmäßig verfolgt, dem ist klar, daß die Kommunisten auch hierzulande keineswegs eine bloße Quantité négligeable bedeuten.

Ende einer Krise?

An seiner Sitzung vom 10. November faßte der Bundesrat seine Beschlüsse in bezug auf die Neubesetzung der obersten Führung der Armee. Es galt, den bisherigen General-

stabschef, Oberstkorpskommandant Annasohn, der im Zusammenhang mit der «Mirage»-Angelegenheit seinen Rücktritt unterbreitet hatte, zu ersetzen und einen neuen Waffenchef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen an Stelle des entlassenen Oberstdivisionärs Primault zu wählen. Unter den gegebenen Umständen konnte es nicht überraschen, daß dem Entscheid der Landesregierung heftige Kontroversen vor und hinter den Kulissen vorangingen. Der unglückliche Verlauf der Beschaffung von Hochleistungsflugzeugen hatte auch den Streit um die Gesamtkonzeption der Landesverteidigung wieder aufflackern lassen. Die Anhänger des «Oppositionsführers» Oberstdivisionär Ernst hielten deshalb den Augenblick für gekommen, um nochmals eine Attacke auf die obersten Positionen der Armeeleitung zu reiten.

Der Bundesrat seinerseits konnte und durfte diese Strömung nicht außer acht lassen, wenn er eine möglichst breite Vertrauensgrundlage für die weitere Wehrpolitik schaffen wollte. Aus dem gleichen Grund kam aber auch ein völliges Herumreißen des Ruders im Sinne einer Berufung von Alfred Ernst auf den Posten eines Generalstabschefs nicht in Frage. Staatspolitische Überlegungen wiesen vielmehr in die Richtung einer mittleren, um nicht zu sagen Kompromißlösung. Sie durfte um so eher gewagt werden, als die Schlüsselfigur dieser Variante, der 55jährige Oberstkorpskommandant Gygli, alles andere denn eine farblose Persönlichkeit verkörpert. Er zeichnet sich vielmehr durch ausgeprägte Entscheidungsfreudigkeit und Durchschlagskraft aus. Auch als Generalstabschef wird er ohne Zweifel die Zügel entschlossen in die Hand nehmen.

Mit der Beförderung von Oberstdivisionär Ernst zum Kommandanten des Feldarmeekorps 2 sollte auch die «Opposition» einigermaßen zufriedengestellt sein. Der Gewählte selbst hat sich bei all der Entschiedenheit, mit der er seine Sache verfocht, immer wieder durch eine intellektuelle Redlichkeit und persönliche Autorität ausgezeichnet, die auf eine fruchtbare Zusammenarbeit in der neu zusammengesetzten Landesverteidigungskommission hoffen läßt. Das sollte um so eher möglich sein, als auch im «Fall Annasohn» eine menschlich und sachlich befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Der abtretende Generalstabschef hat unbestreitbar außerordentliche Verdienste um die Armeereform. In der «Mirage»-Angelegenheit mußte er zwar schon auf Grund seines hohen Amtes einen wesentlichen Teil der Verantwortung übernehmen. Auf seine persönliche Integrität fiel aber nie der leiseste Schatten. Die parlamentarische Untersuchungskommission zeigte sich im Gegenteil tief beeindruckt von ihm. Es ist deshalb nicht nur ein Akt der Menschlichkeit, wenn er vom Bundesrat ab 1965 weiter eingesetzt wird. Es ist vielmehr auch im Interesse des Landes, wenn dieser ausgewiesene Kenner unserer Armee die Leitung von Studienarbeiten über eine Anpassung unserer Landesverteidigung an die Bedürfnisse des totalen Krieges übernimmt.

Die Umbesetzung in der Armeeleitung darf also in personeller Hinsicht unter den heutigen Umständen als optimale Lösung bezeichnet werden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um die «Mirage»-Krise zumindest in militärischer Hinsicht endgültig zu liquidieren. Die neue Führung verdient Vertrauen. Und die Art und Weise, wie sie erneuert worden ist, stellt auch der politischen Führung ein gutes Zeugnis aus. Noch sind die Auswirkungen der «Mirage»-Angelegenheit nicht in allen Teilen zu übersehen. Es gibt neben dem politisch-psychologischen und dem rüstungstechnischen Aspekt auch Fragen der Verwaltungsorganisation und der parlamentarischen Kontrolle, die nur durch langfristige Anstrengungen gelöst werden können. Doch wird man heute sagen dürfen, daß nach der geglückten, in mancher Hinsicht geradezu magistral durchgeführten *parlamentarischen* Liquidation nun auch die personelle Seite befriedigend geregelt worden ist. So ist es wohl angebracht, vom Ende der Krise im eigentlichen Sinn zu sprechen.

Spectator

«Meiner Auffassung nach krankt unsere Presse wie so manches Schweizerische an einem Übermaß der Korrektheit. Ich muß ihr einen Zuschuß von Wagemut und Schlingelhaftigkeit wünschen.» Hat diese temperamentvolle Beurteilung eines Engagierten — *Albin Zollinger* hat sie in einem Aufsatz über «Schriftsteller und Presse» 1939 vorgetragen — nach 25 Jahren noch ihre Gültigkeit? Wer heute das schweizerische Pressewesen überblickt, kann sich wohl, von einigen Ausnahmen abgesehen, dem Urteil anschließen. Allerdings haben Wagemut und Schlingelhaftigkeit eine etwas andere Spielart publizistischer Möglichkeiten hervorgebracht, als sich das der Appell Zollingers vorstellte: Wagemut wurde verwechselt mit Respektlosigkeit und Schlingelhaftigkeit in Frechheit umgemünzt. Sie haben indessen das Übermaß der Korrektheit reduziert und gleichzeitig eine durchaus nützliche Diskussion eingeleitet.

Aber der Anlaß zu dieser Auseinandersetzung über die Stellung und Aufgabe der Presse liegt nicht nur in der Sorge um Inhalt und Form des redaktionellen Teils. Eng damit verbunden, ja entscheidend verknüpft, geben die wirtschaftlichen Veränderungen unseres Pressewesens genug Stoff für Überlegungen und Mutmaßungen ab: Ein immer schärfer einsetzender *wirtschaftlicher Konkurrenzkampf* bestimmt die zukünftige Entwicklung der Schweizer Presse. Die klassischen Attribute der Stabilität, der föderalistischen Struktur und meinungsbildenden Aufgabe sind dadurch in Frage gestellt. Zunehmende Konzentrationen — in der Form der Kopfblätter etwa — zeigen hier die Richtung an.

In den letzten Jahren ist die politische Presse von diesem Prozeß besonders betroffen. Ihr Verhältnis zur Auflage der neutralen und bürgerlichen Presse verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Welches sind die Gründe dafür?

Als eine dieser mitbetroffenen Gruppen versuchte die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Presse auf diese Fragen eine Antwort zu geben. Sie führte unter der Leitung von Dr. *Hans Wili* vom 15. bis 17. Oktober in Flüeli-Sachseln eine Arbeitstagung durch, die sich das Thema *Hat die Gesinnungspresse noch eine Chance? — Geld und Geist in der Zeitung* stellte.

Gewähr für eine gründliche Erörterung gaben die Referenten, die alle, an der Spitze der Doyen der deutschen Zeitungswissenschaft, Professor Dr. *Emil Dovifat* von der Freien Universität Berlin, über den Bereich des engen parteipolitischen Standortes hinaus die Chancen der Gesinnungspresse wogen. Eine ebenso glückliche wie notwendige Idee war die Einladung, die an die Verleger erging. So brachten die Zusammensetzung und der Aufbau der Tagung jene notwendige Spannung, ohne die die Teilnehmer jeweils nur mit bedeutungslosen Resolutionen nach Hause zurückkehren.

Die Schwierigkeiten der katholischen Presse liegen in dem nicht zu erfüllenden Anspruch, gleichzeitig Kirche und Partei zu vertreten. Das Dilemma trat in der Diskussion offen zutage, soll hier aber nur am Rande berührt werden. Vielmehr werden jene Punkte zur Geltung kommen, die über den Bereich der spezifischen Lage der katholisch-konservativ-christlichsozialen (Partei-) Presse hinaus Gültigkeit haben. Die folgende Zusammenfassung kann sich nur mit summarischen Feststellungen begnügen.

Für eine Hygiene des Geschmacks

Professor Dovifat zeigte in seinem Referat vorerst die Entwicklungstendenzen der Presse im Ausland auf. Im Gesinnungskampf und in der Konfektion des individuellen Bewußtseins hat die Gesinnungspresse ihre Chance wahrzunehmen. Dort, wo sie es versteht, den Leser unmittelbar anzusprechen, ist ihr der Erfolg sicher. Die Entwicklung der Massenpresse in England und in den USA zeigt gleichzeitig ein Ansteigen der Auflagen der ernsten Blätter. Der Widerstreit der Meinungen verlagert sich dabei in die Zeitschrift.

In Deutschland liegt nach dem völligen Versagen der Presse in den Jahren 1931 bis 1933 und nach der nationalsozialistischen Herrschaft der Schwerpunkt der Entwickung in der neutralen Regionalpresse. Ihr und der Boulevardpresse gegenüber nimmt die Gesinnungspresse eine eher schwache Stellung ein, wenn man von der katholischen Kirchenpresse absieht.

Die Gesinnungspresse muß vorerst auf überlebte Traditionen verzichten, sie muß alle modernen Mittel des journalistischen Ausdrucks einsetzen. Gleichzeitig sollte sie sich vermehrt den ursprünglichen Stoffgebieten zuwenden, dem Lokalen, und zugleich in den Gebieten der Technik, des Verkehrs, der Naturwissenschaft usw. dem Bedürfnis des Lesers nach mehr Wissen besser entsprechen.

Diese Forderungen sind an unerläßliche Bedingungen geknüpft: fachliche Vorbildung, zielbewußte Nachwuchspflege, Studium, Fortbildung und Abbau des Vorurteils gegen publizistische Berufe. Aber auch die organisatorische und technische Entwicklung der Verlagsstruktur hat an der Lösung dieser Fragen entscheidenden Anteil.

Dovifat plädierte für eine Hygiene des Geschmacks, für ein Entsprechen der Nachfrage nach Qualität, aber all dies in einem Verhältnis der Konkurrenz, ohne welche die entscheidenden Impulse ausbleiben.

Einige dieser Forderungen führte das Referat von *Ulrich Nußberger*, Betriebswirtschafter in Bern-Münchenbuchsee, über «Betriebswirtschaftliche Probleme der Gesinnungspresse», konsequent weiter. Er unterschied, von der adäquaten Information ausgehend, zwei Hauptrichtungen, in deren Spannungsfeldern unsere Presse liegt, und stellte schematisch (und mit den damit verbundenen Nachteilen) die Situation von drei Zeitungstypen vor: Die *neutrale Presse* informiert und kommentiert auf Grund eines nicht immer sichtbaren Standpunktes. Sie räumt daneben der Unterhaltung einen breiten Raum ein und sucht auch die Neugierde des Lesers in einem bestimmten Ausmaß zu befriedigen. Die *Marktzeitung* hat nur ein geringes Interesse an adäquater Information, sie nutzt die Neugierde, ihr Pendel schlägt aus bis zur Sensationssucht. Die *Standortpresse* informiert und kommentiert auf Grund der von ihr vertretenen Auffassungen, läuft in ihrer Begrenzung jedoch Gefahr, egozentrisch zu werden, einem «Bonzentum» zu erliegen.

Diese Achse der Möglichkeiten nannte Nußberger die Leserentsprechung. Sie geht also über das hinaus, was wir gemeinhin mit öffentlicher Aufgabe der Presse bezeichnen. Natürlich begegnen wir den drei geschilderten Typen nicht immer in reiner Form; es ist trotzdem lohnend, auch hier die zunehmende Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit festzustellen.

Im Hinblick auf das Verhältnis der Zeitung zur Öffentlichkeit sind von den Parteigängern, den «Partisanen» sozusagen, die Sympathisierenden, dann der «Flugsand» und schließlich die interessenlosen, nicht ansprechbaren Leser zu scheiden. Was hat die Standortpresse bis heute nun getan, um diesen Flugsand, der aus durchaus weltoffenen und kritischen Menschen besteht, zu gewinnen?

Schließlich liegt der Erfolg auch auf der Linie der technischen Reformen. Die grafischen und typografischen Mittel müssen geprüft und wirksam eingesetzt werden.

Gegen Uniformität und Ideologie

Chefredaktor Dr. *Carl Doka* legte mit seinem Vortrag dem Tagungsthema das skeptische Adverb «überhaupt» bei. Mit Recht stellte er die Frage, was die Uniformität der Nachrichten- und Artikelagenturen noch mit der Haltung der Gesinnungspresse gemeinsam habe. Es läßt sich darin ja nichts finden, was Haltung herausfordern würde. Persönliche Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit sollten den Redaktor auszeichnen; denn «amtlich geführte Journalistenkarawanen können nicht kritisch und unabhängig informieren».

Bei der Beurteilung der Situation müssen wir die schweizerischen Größenverhältnisse im Auge behalten. Auch bei uns ist ein Räsonnieren hörbar, das mehr als nur ein Generationenproblem ist. Wir stehen herausfordernden Problemen gegenüber. Früher erschöpfte sich der Auftrag der Gesinnungs-

presse in der Polemik «über dem Strich» und der Gartenlaube darunter. Als Variante gesellte sich die «rhetorische Schreibe» dazu. Heute hingegen müßte auch die Gesinnungspresse von einem Geist der «Apertura» ergriffen werden: mutigere Konfrontation, Mut zur Information, die Tabus ausschließt. Die Präsenz in dieser Welt setzt Kontakt voraus. Die Gesinnungspresse jedoch ist «gezeichnet»; nur seltenen Ausnahmen gelingt der Sprung über den eigenen Zaun.

Aber die Anstrengung muß gemacht und gewagt werden. Doka wies auf den wichtigen Umstand hin, daß in großstädtischen Zentren das reine Parteidenken nicht erwünscht sei. Auch daraus lassen sich für die Gesinnungspresse notwendige Schlüsse ziehen.

Der Direktor des Walter-Verlages in Olten, Dr. *Joseph Rast*, attestierte der Gesinnungspresse, sie ideologisiere zuviel und drücke sich damit den Stempel des Trocken-Theoretischen auf.

Überdies erwächst ihr aus der glaubwürdigeren Authentizität der Massenmedien (Radio und Fernsehen) eine neue Konkurrenz. Man denke beispielsweise daran, daß allein im Hinblick auf die olympischen Spiele in Tokio in der Schweiz 40 000 zusätzliche Fernsehapparate in Betrieb genommen wurden. Die großen Massenmedien vermögen indessen nicht, die Willensbildung durch die kleine Presse zu ersetzen. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß sie in Ruhe im scheinbar Bewährten weiterfährt. Im Gegenteil, die Mitteilungsstruktur unserer Presse ist veraltet.

Dr. Rast legte dann Reformvorschläge vor, die in der Diskussion zwischen Verlegern und Redaktoren heilsamen Widerspruch erzeugten. Es scheint sich die Einsicht einzustellen und zu festigen, daß die Situation der katholischen Presse zwischen den Instanzen Kirche und Partei nicht immer zu ihrem Vorteil ausschlägt.

Die praktischen Vorschläge — der Raum ist zu beschränkt, um eingehend Aufschluß zu geben — münden in Postulate der *Zusammenarbeit*, der *Aktualität* und in vermehrte und intensivierte *Regional- und Lokalberichterstattung*.

Im letzten Vortrag orientierte Professor Dr. *Otto Angehrn* über «Erfahrungen bei Leserschaftsforschungen für die Gesinnungspresse». Überraschend bestätigten sich auch aus dieser pragmatischen Sicht die immer wieder festgestellten Mängel. Ein hoher Prozentsatz scheint der Gesinnungspresse kritisch gegenüberzustehen. Damit bestätigt sich die Irrelevanz des herkömmlichen Stils eines Großteils unserer Gesinnungspresse. Das Fundament allerdings, auf dem derart ermittelte Ergebnisse zuverlässig geprüft und ausgewertet werden sollten, fehlt: Die soziologische Grundlagenforschung steckt gerade in unserm Land noch in den Kinderschuhen.

Die Diskussionen wogen das Für und Wider der einzelnen Forderungen ab, Zustimmung und Skepsis hielten sich ungefähr die Waage. So bleibt nur zu hoffen, dieses labile Gleichgewicht verändere sich bald zugunsten größerer Offenheit und mutigerer Konfrontation!

Carl Holenstein